



Der niedersächsische Finanzminister sucht Rat. Aber am falschen Ort!

Warum Südkorea und Marktträdikalität keine Vorbilder sind.

1. Einleitung

Der „Rundblick – Politikjournal für Niedersachsen“¹ berichtete am 9. April 2021 von einem von Finanzminister Reinhold Hilbers organisierten Treffen mit Ludger Schuknecht. Dieser war unter Schäuble „Chefvolkswirt“ des Bundesfinanzministeriums und der „schwarzen Null“ verpflichtet.

Wir waren zu diesem Treffen nicht eingeladen und beziehen uns daher auf die im Rundblick berichteten Inhalte.

2. Die Argumente

Die Argumentation Schuknechts folgt der üblichen Linie einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik. Zusammengefasst:

- a) Eine hohe Staatsquote (>53%) behindert das kreative Unternehmertum. Es droht eine „Schuldenexplosion“. Eine Rückführung der Staatsquote durch „Austeritätspolitik“ und „richtige Reformen“ für mehr Wachstum ist geboten.
- b) „Entgegen der Behauptung der Keynesianer“ führen Sparpolitik und eine geringere Staatsquote nicht zu mehr Ungleichheit. „Die Einkommensverteilung ist aber in Korea ähnlich wie in Deutschland oder Frankreich – trotz der erheblich geringeren Staatsquote.“
- c) Die Sozialpolitik soll sich nach dem Vorbild Südkoreas auf die „wirklich Bedürftigen“ konzentrieren.
- d) „Die vielen Kredite, die Bund und Länder zur Bewältigung der Corona-Krise aufgenommen haben, müssen irgendwann auch zurückgezahlt werden.“ Schuknecht bestätigt damit Hilbers Grundhaltung.

3. Faktencheck

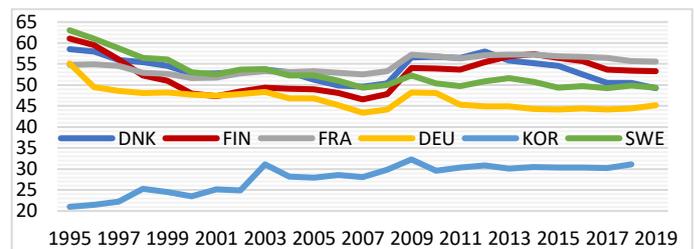
Wir wollen diese angebotsorientierten Argumente prüfen²:

Zu a) Staatsquote >53% ist nicht haltbar

Diese Behauptung ist unbewiesen und unplausibel.³ Skandinavische Länder hatten oft Staatsausgabenquoten von über 53% ohne das sie darunter zusammengebrochen wären (Abb. 1). Gleiches gilt für den behaupteten Zusammenhang von Staatsquote und kreativem Unternehmertum. Zudem sagt die Staatsquote nichts über die Staatsverschuldung aus, da sie sehr

unterschiedlich finanziert sein kann. Abbildung 1 zeigt zudem den relativ niedrigen Stand in Deutschland und die steigende Tendenz in Südkorea.

Abb. 1 Entwicklung der Staatsausgabenquote (in % des BIP, Quelle: OECD)



Die Hoffnung auf mehr Wachstum durch den Rückzug des Staates war bislang Mainstream in der Wirtschaftspolitik. Dies hat zu einem Steuersenkungswettlauf zwischen den Staaten geführt, die Staatskassen geleert sowie zur Vernachlässigung der öffentlichen Infrastrukturen und Daseinsvorsorge geführt. Die Staatsverschuldung ist oftmals dennoch gestiegen. Am Ende stand die Finanzkrise 2008/2009.

Schuknecht lobt Singapur und Südkorea. Sie zeigten „wie sehr ein sehr kleiner Staatssektor zu einem starken Aufschwung führe – weil viele Bereiche dem Wettbewerb der Ideen und Anbieter geöffnet seien.“

Der Zusammenhang von Staatsquote und Wirtschaftsleistung ist aber nicht so einfach, wie Schuknecht unterstellt. Unter den Volkswirtschaften mit geringer Staatsquote befinden sich dynamische Ökonomien wie Irland und Australien und schwache wie Japan. Umgekehrt gibt es Länder wie Schweden oder Österreich, die relativ hohe Staatsquoten aufweisen und starke Zuwachsraten beim Bruttoinlandsprodukt verzeichnen.⁴ Zu unterschiedlich sind die Wirtschaftsstrukturen, Wirtschaftskulturen, industriellen Beziehungen, Bildungsinstitutionen, Innovationssysteme, sozialstaatlichen Ausprägungen etc., um monokausale Erklärungen für die ökonomische Leistungsfähigkeit von Volkswirtschaften sinnvoll erscheinen zu lassen. Harvard-

¹ Rundblick, Wirtschaftsexperte warnt: Der Staat darf nach Corona nicht an den Schulden ersticken, 09.04.2021

² Da Schuknecht für die OECD arbeitet, beziehen wir uns auf OECD-Daten. <https://data.oecd.org/>

³ Auch der letzte, prominenter besetzte und besser recherchierte Versuch feste Grenzen für Staatsfinanzen zu definieren, scheiterte. S. Reinhardt, Carmen; Rogoff, Kenneth; This Time Is Different, 2011.

⁴ Bofinger, Peter; Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, Pearson Deutschland, 2019, S. 186

Ökonom Dani Rodrik kommt auf der Grundlage seiner Studien zu dem Ergebnis, dass der Anteil des öffentlichen Sektors an den Ressourcen einer Volkswirtschaft umso größer wird, je weiter entwickelt die Wirtschaft ist. „Die größten und stärksten Staatsapparate findet man nicht in den ärmsten Ländern, sondern in den fortgeschrittensten. (...) Reichere Länder haben besser funktionierende Märkte und zugleich mehr Staat als ärmere.“⁵

Die neue US-Regierung will ein Investitionsprogramm über 3 Bio USD zur Wiederinstandsetzung der US-Infrastruktur auflegen. Hierzu will sie die Steuern auf Unternehmensgewinne von derzeit 21 auf 28% erhöhen. Dadurch sollen in den nächsten zehn Jahren 2 Bio USD Mehreinnahmen generiert werden. Zudem hat sie einen Vorschlag vorgelegt für eine globale Mindestbesteuerung von Unternehmen, um die Steuerverschiebung und -vermeidung zu stoppen. Damit geht vielleicht die Phase des ruinösen Steuerwettbewerbs zwischen den Staaten zu Ende. D.h. aber auch, dass die derzeitige Besteuerung relativ niedrig und nicht hoch ist. „Durch den internationalen Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen ist der durchschnittliche Steuersatz auf Unternehmensgewinne auf der Welt von mehr als 40 Prozent im Jahr 1980 auf unter 24 Prozent gesunken.“⁶

Die Größe des Staatssektors hat zudem nichts mit der Offenheit von Märkten zu tun. Zudem bleibt von der Behauptung offener, wettbewerblicher Märkte in Südkorea nach OECD-Daten nicht viel übrig. Wie ein Regulierungsindex der OECD zeigt, sind die außenwirtschaftlichen Restriktionen Südkoreas deutlich größer als jene in Deutschland (s. Tabelle 1).

Tabelle 1 Regulierungen auf nationalen Produktmärkte 2018 (je niedriger, desto offener, Quelle: OECD)

2018	Insgesamt	Verzerrungen durch staatliche Eingriffe	Eintrittsbarrieren für In- und Ausländer	Eintrittsbarrieren zu Märkten für Services u. Netzte	Eintrittsbarrieren für Handel und Investition
Frau	1,57	1,83	1,32	1,85	0,54
DEU	1,08	1,41	0,76	1,26	0,44
JPN	1,44	1,98	0,90	1,39	0,72
KOR	1,71	1,69	1,72	2,59	1,49
SWE	1,11	1,46	0,77	0,76	0,43
SUI	1,53	1,96	1,10	1,48	0,84
GBR	0,78	0,84	0,72	0,58	0,39

Aber was hindert die Unternehmer, jenseits von Corona, am Entwickeln und Investieren? Vor der Pandemie lag es sicherlich nicht an mangelnden Gewinnen oder zu hohen Zinsen, sondern

⁵ Rodrik, Dani; Das Globalisierungsparadox. Die Demokratie und die Zukunft der Weltwirtschaft, München 2011, S. 41

⁶ Globale Steuerrevolution, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 11.04.2021. Zur sozialen Lastenteilung im Steuerstaat s. auch

an einer mangelnden effektiven Nachfrage und großen Unsicherheiten. Auch gibt es grundlegende Analysen zu einer dauerhaften, entwicklungsbedingten Abflachung der Wachstums- und Produktivitätsraten (säkulare Stagnation).⁷ Hieraus ausbrechen bedarf es mehr als das Vertrauen in die Selbstorganisationsfähigkeit von Märkten.

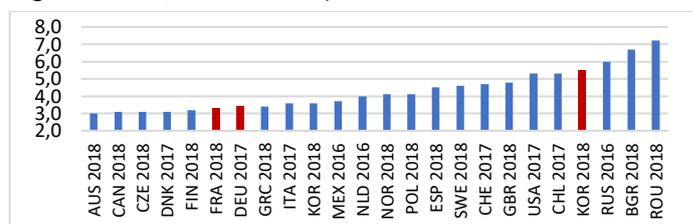
Zu b) Einkommensverteilung

Ausgerechnet Südkorea und Singapur sollen als Vorbilder erhalten. Der Inselstaat Singapur mit seiner Nischenstrategie als liberaler Finanzplatz und Firmenhub für Asien, taugt zum Vergleich mit Deutschland oder Frankreich überhaupt nicht.

Aber wenn Schuknecht schon diese Staaten heranzieht, so fällt doch die völlig andere Rolle des Staates in der historischen Entwicklung dieser Länder ins Auge. Nur durch eine autoritäre, zielgerichtete Staatslenkung wurde der Sprung auf einen höheren Wachstumspfad geschafft. Südkorea hat seine größten wirtschaftlichen Entwicklungsschritte unter einer dirigistischen Militärregierung gemacht. Erst Ende der 80er Jahre wurde die Demokratisierung eingeleitet. Dabei ist Südkorea nach wie vor bekannt für seine protektionistische Industriepolitik mit Förderung und Abschottung, z.B. im Automobil- oder Schiffbau.

Schuknechts Aussage, die Einkommensverteilung Südkoreas ähnele der in Deutschland oder in Frankreich hält einer Prüfung nicht stand (Abb. 2). 2017 betrug das deutsche Durchschnittseinkommen der obersten 10% der Einkommensbezieher das 3,3-fache des Durchschnittseinkommens der untersten 10% der Einkommensbezieher (P10/P90-Relation). In Frankreich betrug dieser Wert 3,4 und in Südkorea 5,5.

Abb. 2 Einkommensungleichheit (P10/P90-Relation, letztverfügbare Daten, Quelle: OECD)



Zu c) Südkoreanische Sozialpolitik

Kritik an vermeintlich übertriebenen sozialpolitischen Maßnahmen der Großen Koalition ist nicht neu, aber Südkorea als Vorbild zu empfehlen, ist in Deutschland eher ungewöhnlich.

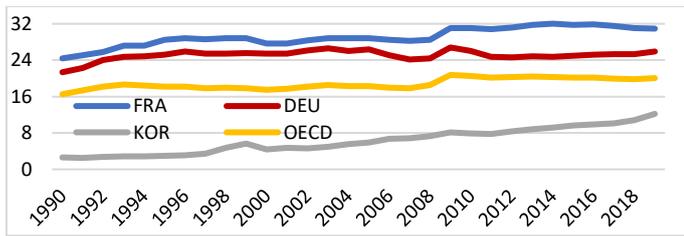
Der Abstand zum Durchschnitt der OECD-Länder und auch zu Deutschland hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verringert (Abb. 3). Der Entwicklungspfad der öffentlichen

Windels, Torsten; Ständestaat – In der Krise werden Konflikte klarer, Im Gegenlicht – Nr. 03, 19. April 2020

⁷ Gordon, Robert J.; Is U.S. Economic Growth Over? Faltering Innovation Confronts the Six Headwinds, NBER Working Papers 18315, 2012

Sozialausgaben in Südkorea kann damit viel eher als nachholend interpretiert werden.

Abb. 3 Entwicklung der öffentlichen Sozialausgaben (in % des BIP, Quelle: OECD)



Schuknecht verkürzt zudem in seiner Argumentation die Rolle des Sozialstaates auf eine Funktion, wie sie noch zur Zeit von Charles Dickens üblich war. Das Niveau und die Dynamik von Sozialausgaben eines Staates sind seinerseits zwar das Ergebnis der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft, aber andererseits gilt auch die ökonomische Einsicht, dass soziale Sicherheit einen wachstumsfördernden Effekt haben kann. „Menschen sind dann nämlich bereit, höhere Risiken einzugehen, da sie wissen, dass sie im Fall des Scheitern von einem sozialen Sicherungsnetz aufgefangen werden“, vermerkt dazu Ökonomenobelpreisträger Joseph Stiglitz.⁸ In der heutigen Etappe der wirtschaftlichen Entwicklung, in der es immer mehr um Innovationsfähigkeit geht, kommt diesem Aspekt eine besondere Bedeutung zu.

Abb. 4 Armutsquote (Anteil der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, alle Altersstufen, Quelle: OECD)

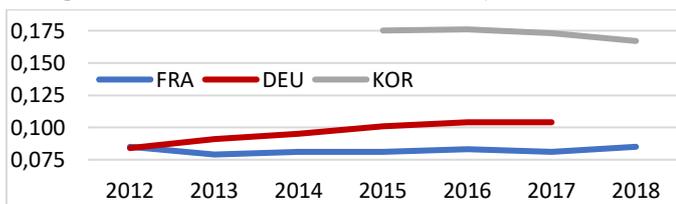
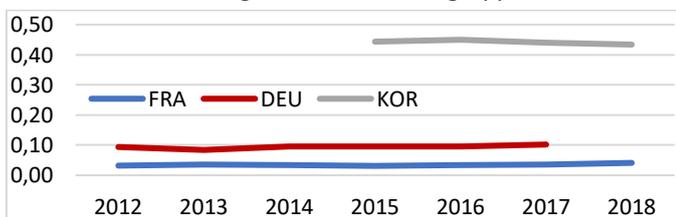


Abb 5 Altersarmutsquote (Anteil der Bevölkerung >65 Jahre unterhalb der Armutsgrenze in der Altersgruppe, Quelle: OECD)



⁸ Stiglitz, Joseph; Im freien Fall. Vom Versagen der Märkte zur Neuordnung der Weltwirtschaft, München 2010, S.358
⁹ Südekum, Jens; Wir dürfen die Corona-Schulden nicht zurückzahlen, Gastkommentar, Handelsblatt, 10.05.2020; vgl. auch Windels, Torsten; Niedersächsische Geisterfahrer – Landesfinanzpolitik auf Irrfahrt – Über Staatsverschuldung, öffentliche Aufgaben und das Wachstum, Im Gegenlicht – Nr. 06, 19.05.2020

Die Höhe der Armutsquote (Abb. 4), vor allem aber die Altersarmut (Abb. 5) Südkoreas sind wohl kaum empfehlenswert. In Südkorea lagen 2018 die Einkommen von 16,7% aller Einwohner und 43% der über 65-jährigen unterhalb der Armutsgrenze.

Zu d) Schulden müssen zurückgezahlt werden

Finanzpolitisch darf die Rückzahlung von Anleihen nicht mit dem Abbau der Staatsschuldenquote oder Nettotilgungen verwechselt werden. „Corona-Schulden (...) sollten möglichst langfristig finanziert und durch permanentes Überwälzen – also die Ausgabe neuer Anleihen zur Bedienung der alten – immer weiter in die Zukunft geschoben werden. So können Industriestaaten aus dem Schuldenproblem der Corona-Krise einfach herauswachsen. Absolut betrachtet bleiben die Schulden zwar immer da, aber relativ zum BIP sinkt die Quote wieder ab.“⁹ (Abb. 6).

Abb. 6: Entwicklung der niedersächsischen Staatsverschuldung (inkl. Kommunen, in EUR und in % des nominalen BIP, Quelle: Stat. BA, VGR der Länder)



Obwohl die nominale Staatsschuld Niedersachsens auch nach 2010 weiter steigt, fällt aufgrund des höheren nominalen BIP-Wachstums die Schuldenquote deutlich und mit den Nettotilgungen ab 2015 umso mehr. Wie wir wissen,¹⁰ erfolgte diese Konsolidierung zulasten dringend notwendiger öffentlicher Investitionen, die wiederum die Wachstumsperspektive beeinflussen.

Auch der bekennende Liberale Carl Christian von Weizsäcker merkte 2010, kurz nach der Verabschiedung der Schuldenbremse, an:

„Staatsschulden sind zugleich privates Vermögen. Beide Seiten desselben Phänomens sind zu beachten, wenn es um den optimalen Haushalt geht. Bei niedrigen Realzinsen und hohen

¹⁰ Keynes-Gesellschaft | Regionalgruppe Nord, NDS 2030: Heute investieren, um morgen besser zu leben! Finanzpolitik in Niedersachsen zwischen Investieren und Konsolidieren, Standpunkt 02, 29.01.2021; Windels, Torsten; Rote Laterne für Niedersachsen – Das Land braucht mehr öffentliche Investitionen, Im Gegenlicht – Nr. 08, 24.02.2021

*Exportüberschüssen ist ein Abbau der Staatsschulden die falsche Politik.*¹¹

Umso mehr gilt diese Feststellung heute.

Infobox: Ergänzendes von Ludger Schuknecht

Ergänzend zum Bericht im Rundblick ziehen wir noch einen aktuellen Artikel von Schuknecht zu einem ähnlichen Thema heran.

*„Zu Hause hat Deutschland sein Ansehen mit mutigen Reformen in den frühen 2000er Jahren und seiner schnellen Rückkehr zu soliden öffentlichen Finanzen nach der Finanzkrise 2008 gestärkt. Diese Erfolge haben dazu beigetragen, die Wiedervereinigung zu vollenden, die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen, solide Einkommenszuwächse zu verbuchen und Chancen und sozialen Frieden für seine Bürger zu erhalten. Und sie werden helfen, die Herausforderungen der Digitalisierung, der Alterung, der Sicherheit und des Klimawandels zu meistern.“*¹²

Hier werden in einem Absatz Schröders Agenda 2010 (der dabei sämtliche Fiskalregeln der EU brach) und die durchaus schuldenorientierte Finanzpolitik von Peer Steinbrück nach 2008 ohne Wenn und Aber als erfolgreich apostrophiert und zur Grundlage für

- die „Vollendung der deutschen Einheit“,
- den „Abbau der Massenarbeitslosigkeit“,
- „solide Einkommenszuwächse“,
- den Erhalt von „Chancen und sozialen Frieden“

gemacht.

Auch die Digitalisierung, der Alterung, die Sicherheit und der Klimawandels werden derart gemeistert.

Schuldenfreiheit, Deregulierung und freie Märkte führen für Schuknecht zum Optimum. Hier ist kein Platz für Probleme mit dem Ansteigen prekärer Beschäftigung, der Entwicklung eines großen Niedriglohnssektors durch die Agenda 2010. Der Abbau der Massenarbeitslosigkeit durch 1-Euro-Jobs, Soloselbständigkeit, Teilzeitarbeit u.ä. mit „soliden Einkommenszuwächsen“. Dies müsste er mal mit Betroffenen in Hotellerie, mit Erntehelfern, Fleischerlegern oder im Einzelhandel diskutieren.

Bei wieder steigender Zahl an Schulabbrechern, einer kritischen Schulinfrastruktur, unterbezahlten und überarbeiteten Pflegekräften, dem Niedergang von Volksparteien, Pegida, AFD und Querdenkern ist Schuknechts ‚Erhalt von Chancen und sozialen Frieden‘ Ausdruck einer sehr eigenen Realität.

Das mit dieser Sparpolitik auch gleich noch Probleme der Digitalisierung, der Alterung, der Sicherheit (welche? wessen?) und des Klimawandels gelöst wird, ist nicht nachvollziehbar. Auch warum der Schröder'sche Sozialahlschlag und die Steinbrück'sche Finanzpolitik die Deutsche Einheit vollendet haben, bleibt offen und dürfte mindestens vom Ostbeauftragten der Bundesregierung kaum geteilt werden. Schuknecht möge sich die Entleerungsräume in Sachsen-Anhalt oder die Stimmung in der Lausitz vor Ort ansehen. Blühende Landschaften sehen anders aus.

¹¹ Weiszäcker, Carl Christian von; Das Janusgesicht der Staatsschulden, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04.06.2010, S. 12; zitiert nach: Weiszäcker, Carl Christian von; Krämer, Hagen; Sparen und Investieren im 21. Jahrhundert: Die Große Divergenz, Springer-Gabler 2019

¹² Schuknecht, Ludger; How Germany can lead Europe's post-Covid recovery, 03.02.2021, (<https://www.omfif.org/2021/02/how-germany-can-lead-europes-post-covid-recovery/>), eigene Übersetzung

Leitbild „Investierendes Unternehmen“

Finanzminister Hilbers hängt hier leider weiterhin dem Leitbild der „schwäbischen Hausfrau“ an. Diese sei fleißig und sparsam. Doch der Vergleich hinkt, schon weil auch die schwäbische Hausfrau beim Bau ihres Eigenheims zur Sparkasse geht.

Das bessere Leitbild wäre ohnehin das investierende Unternehmen. Staaten und Unternehmen sind grundsätzlich auf Dauer angelegt. Es gibt keine Lern-, Arbeits-, Familien- und Ruhestandsphase, die beim privaten Haushalt wesentlich die Einkommens- und Vorsorgeperspektive bestimmen. Für ein Unternehmen liegt die Zukunft in seinem Kapitalstock (und den Fähigkeiten seiner Mitarbeiter). Um diesen wettbewerbsfähig zu halten, investiert es in neue Technologien, Prozesse, FuE und Mitarbeiter. Zur Finanzierung dieser Investitionen nutzt das Unternehmen eine tragfähige Fremdkapitalquote. Nur wenige Unternehmen haben eine Eigenkapitalquote von 100%. Wenn der Investitionszins höher ist als der Kreditzins, lohnt sich eine Kreditaufnahme. So vergrößert ein Unternehmen seine Investitions- und Wachstumsmöglichkeiten ganz erheblich. Ähnlich kalkulieren sollte auch ein Finanzminister.

4. Schulden sind kein Selbstzweck – Struktur und Konjunktur

Keiner macht Schulden um ihrer selbst willen. Sie erfüllen wichtige Funktionen. Staatsausgaben sind in Dimension und Entwicklung wichtige wirtschaftspolitische Stellgrößen.

Konjunktur – Stabilisierung

In einer Rezession ziehen sich individuelle Akteure (Konsumenten, Investoren) vom Markt zurück. Der Staat geht hier bewusst in eine antizyklische Haltung und kontert den Nachfrageausfall. Dies berücksichtigt auch die Schuldenbremse im Grundgesetz mit Konjunkturpuffer und „konjunkturgerechter Haushaltswirtschaft“ (Art. 109 II und III GG). Ob dies reicht, ist fraglich.

*„Wenn die Reaktion von Unternehmen und Haushalten in Risikovermeidung und Flucht in Sicherheit besteht, wird dies die Kräfte der Stagnation noch verstärken. Wenn die öffentliche Reaktion auf die durch die Krise angehäuften Schulden Sparsamkeit ist, wird die Sache noch schlimmer. Es ist sinnvoll, stattdessen eine aktivere, visionärere Regierung zu fordern, die den Weg aus der Krise weist.“*¹³

Krisenbekämpfung – Ausnahmesituation

Zur Bekämpfung von Krisen darf der Staat auch unter der Schuldenbremse Schulden aufnehmen (Art. 109 III GG). Er muss diese aber wieder „konjunkturgerecht“ abbauen. Dies wird sich bald zusätzlich als Wachstumsbremse erweisen, da Niedersachsen ab 2024 über 25 Jahre jährlich 400 Mio EUR tilgen muss.

¹³ Tooze, Adam; Die normale Wirtschaft kommt nie wieder zurück, in Foreign Policy, 15.04.2020, <https://foreignpolicy.com/2020/04/15/how-the-economy-will-look-after-the-coronavirus-pandemic/>

Strukturpolitik – Wie geht Wachstum?

Schwieriger ist es mit der Finanzierung strukturpolitischer Maßnahmen. Aktuell sind unmittelbar greifbare Herausforderungen, die auch erhebliche öffentliche Investitionen erfordern:

- Klimaschutz mit Energie-, Verkehrs- und Produktionswende (CO₂-Neutralität bis 2050)
- Digitalisierung (Einführung vernetzter, datenbasierter Produktion)
- Gesundheit (Abbau der Mängel, die in der Pandemie offenbar wurden (Krankenhäuser, Technik, Material, Personal))
- Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland (Art. 72 II GG) und die Kohäsion der EU (Art. 174 AEUV).

Rolle des Staates

Im Kern des Streits um die „richtige“ Haushaltspolitik geht es um die Rolle des Staates in der Gesellschaft.

Diejenigen, die vor allem auf die Selbstorganisationskräfte des Marktes setzen, gehen davon aus, dass „Wirtschaft in der Wirtschaft stattfindet“ (Ex-Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt, 1993-1998). Kern dieser Politik ist, den vermeintlich kreativen Unternehmern (und Unternehmerinnen) nicht im Wege zu stehen. Gewinnaussichten und weniger Bürokratie befördern dann das Wachstum (s. Schuknecht).

Diejenigen, die auf eine aktive Rolle des Staates und damit ein wechselseitiges Verhältnis von Markt und Staat unterstellen, gehen dagegen davon aus, dass Wirtschaft auf einer Vielzahl öffentlicher Vorleistungen und Institutionen aufbaut. Dies sind Bildung/Erziehung, Forschung, Infrastrukturen (Verkehr, Energie, Wasser, Daten, Gesundheit), kooperative industrielle Beziehungen, Recht (Eigentumsrechte, Patente, Internationale Handelsverträge, Vertragsrecht, Arbeitsrecht etc.) und auch sozialstaatliche Regulierungen. Öffentliche Investitionen in Infrastrukturen und öffentliche Institutionen schaffen die Voraussetzung für erfolgreiches wirtschaftliches Handeln und gewährleisten den sozialen Frieden. Die seit geraumer Zeit zu beobachtende globale Schwäche von Wachstum und Produktivität braucht eine Weiterentwicklung nicht allein der Geschäftsmodelle der Unternehmen und deren Produkte, sondern auch eine Modernisierung der öffentlichen Voraussetzungen und deren Zusammenspiel. Es braucht u.a. andere Qualifikationen, moderne Infrastrukturen, angepasste Handelsverträge, neue Energiekonzepte und neue (digitale) Verkehrsregeln.

Märkte existieren nicht im luftleeren Raum, sondern sind vielfältig in ein institutionelles Netzwerk eingebunden. Ein gutes Netzwerk schafft Wachstum. Ein schlechtes Netzwerk hemmt es. In Deutschland sind in den zurückliegenden Jahren große Defizite entstanden, die der Zukunftsfähigkeit des Landes nicht zuträglich sind

- Große Teile der Wirtschaft empfindet den Ausbaustand des Breitbandnetzes in Deutschland als so unbefriedigend, dass sie heute die Netzbereitstellung als Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge definieren. Der Markt allein schafft dies nicht.
- Die Umstellung der Automobilzulieferer auf die Elektromobilität oder die CO₂-freien Erzeugung von Stahl machen die Unternehmen nicht allein.
- Der Aufbau einer Ladeinfrastruktur für Elektroautos kommt nicht voran.
- Die Bewältigung des Klimawandels und der Digitalisierung wird die Qualifikationsanforderungen verändern, die notwendige Weiterbildung wird von den betroffenen Menschen nicht allein zu leisten sein. Die berufliche Weiterbildung in Deutschland liegt im internationalen Vergleich aber bestenfalls im Mittelfeld.
- Ohne massive Staatshilfe und Abnahmegarantien wäre der Corona-Impfstoff nicht so rasch entwickelt worden.

Die Renaissance staatlicher Verantwortung für funktionierende Märkte und für soziale Stabilität erfolgte nach der Finanzkrise 2009 langsam und im Konflikt mit den bislang herrschenden Vorstellungen eines sich selbst stabilisierenden Marktes. Die Corona-Krise hat diese Anspruchshaltung der Menschen an „ihren“ Staat bekräftigt.

„Vielleicht zum ersten Mal in der Geschichte der modernen Staaten haben wir gesehen, dass Politik alles ermöglichen kann. Nie wieder wird deshalb ein Politiker zu einer jungen Frau sagen können, Klimaschutzmaßnahmen seien nicht zu verwirklichen, weil sie zu teuer sind, zu kompliziert oder die Gesellschaft zu sehr einschränken. Wir können offenbar alles, wenn Gefahr droht, das haben wir jetzt gelernt.“¹⁴

5. Fazit

Zur Finanzierung dieser dringenden, weitestgehend unbestrittenen öffentlichen Investitionen braucht der Staat Geld. Diese Kosten nur der heutigen Generation aufzubürden durch Steuern oder in die Zukunft zu verschieben durch Unterlassen, sind keine vernünftigen Optionen. Dafür gibt es Kreditmärkte, um durch verfügbare Ersparnisse Dritter, Investitionen heute zu tätigen, die aus den Erträgen von morgen bezahlt werden.

Hierzu muss die Schuldenbremse reformiert werden.

Zudem müssen auch die Spielräume durch die Finanzierung über öffentliche Investitionsgesellschaften¹⁵ genutzt werden (z.B. für eine Landeswohnungsbaugesellschaft, eine Hochschulinvestitionsgesellschaft oder einen NFonds).

Niedersachsen hat Besseres verdient.

¹⁴ Ferdinand von Schirach, Alexander Kluge, Trotzdem, München, 2020, S. 73

¹⁵ Hermes, Georg; Vorwerk, Lukas; Beckers, Thorsten; Die Schuldenbremse des Bundes und die Möglichkeit der Kreditfinanzierung von

Investitionen, Rechtslage, ökonomische Beurteilung und Handlungsempfehlungen, Gutachten, IMK-Study Nr. 70, Oktober 2020

Verantwortlich: **Dr. Arno Brandt**, Am Speicher 17, 21337 Lüneburg und **Torsten Windels**, F.-Wallbrecht-Str. 20, 30163 Hannover

Hinweis:

Die **Keynes-Gesellschaft | Regionalgruppe Nord** ist Teil der Keynes-Gesellschaft (www.keynes-gesellschaft.de). Das Ökonomen-Netzwerk tauscht sich zu wirtschaftstheoretischen und -politischen Fragen aus, organisiert oder beteiligt sich an Diskussionsveranstaltungen und veröffentlicht auch Stellungnahmen. Dies können auch Autorenbeiträge sein, die nicht unbedingt der Meinung aller Mitglieder entsprechen müssen.

Standpunkte der Keynes-Gesellschaft | Regionalgruppe Nord:

01 – **Schuldenbremse – eine fiskalpolitische Selbstentmachtung**, Anmerkungen zur Verankerung der Schuldenbremse in der Niedersächsischen Verfassung, 21.05.2019

02 – **NDS 2030: Heute investieren, um morgen besser zu leben!**, Finanzpolitik in Niedersachsen zwischen Investieren und Konsolidieren, 29.01.2021

03 - **Die NBank ist zu klein – Niedersachsen bleibt unter seinen Möglichkeiten**, Die Landesentwicklung sollte auch durch eine Aufwertung der NBank unterstützt werden, 09.03.2021

04 - **Finanzminister Hilbers sucht Rat. Aber am falschen Ort!** Warum Südkorea und Marktradikalität keine Vorbilder sind, 14.04.2021